Was bedeutet eigentlich Sicherheit?

Das Thema „Sicherheit“ wird im Kommunalwahlkampf 2025 vermutlich eine herausragende Rolle spielen. Beim Oberbürgermeisterkandidat der regierenden rot-grünen Ratsfraktion handelt es sich um den ehemaligen Bochumer Polizeipräsidenten Jörg Lukat. Die am 17. Mai 2025 stattfindende Bürgerkonferenz der Stadt Bochum stellt das Thema „Sicherheit und Ordnung“ in den Mittelpunkt. Als Netzwerk »Stadt für Alle« möchten wir den Begriff der „Sicherheit“ einmal aus einer anderen Perspektive betrachten.

Die individuell „gefühlte“ Unsicherheit in urbanen Räumen stimmt mit den realen Kriminalstatistiken in der Regel nicht überein. Im Gegenteil: Die Thematisierung von Unsicherheit in bestimmten Stadträumen durch Politik und Medien verstärkt das subjektive Unsicherheitsgefühl.

Erinnert sei hier an die Ende 2024 vom CDU-Ortsverband Wattenscheid-Mitte verbreitete Meldung, die Wattenscheider Innenstadt sei zu einem „Angstraum“ geworden. Die CDU forderte mehr Polizei. Eine Nachfrage der WAZ bei der Polizei ergab hingegen, dass in diesem Bereich „weder bei der Gewalt- noch bei der Straßenkriminalität eine besondere Häufung festzustellen“ ist (WAZ Bochum 30.10.2024).

Kriminolog*innen sprechen davon, dass allgemeine Verunsicherungen und Zukunftsängste vor Armut, Einsamkeit oder globalen Bedrohungen sich in Angst vor Kriminalität verwandeln. Als vermeintliche Täter*innen werden dann Migrant*innen „identifiziert“. Das populistische Schüren von Ängsten und Unsicherheiten konstruiert ein Bedrohungsszenario, in dem sich rechte Politiker*innen als Vertreter*innen von Sicherheit und Ordnung inszenieren.

Dennoch gibt es natürlich reale Bedrohungen, unangenehme Begegnungen und Angsträume in der Stadt. Sie betreffen Menschen jenseits ihrer individuellen Selbst- oder Unsicherheit auf unterschiedliche Weise. Nicht nur das Geschlecht oder die Hautfarbe spielen hier eine Rolle – auch vermeintlich sichere Orte wie das eigene Zuhause können zu einem Angstraum werden, etwa wenn es zu häuslicher Gewalt kommt. Insbesondere Letzteres wird im allgemeinen Sicherheitsdiskurs in der Regel nicht thematisiert. Das Risiko Opfer häuslicher Gewalt zu werden, ist jedoch sehr viel höher als auf der Straße überfallen zu werden.

„Sicherheit“ in der Stadt bedeutet für unterschiedliche Menschen in unterschiedlichen Lebens- und Raumsituationen etwas anderes als der allgemeine Sicherheitsdiskurs uns glauben machen will. Sicherheit in der Stadt muss ganz anders gedacht werden.

Wir richten hier den Blick auf das Thema Sicherheit aus der Perspektive von Menschen, die im öffentlichen Sicherheitsdiskurs keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Rassismus

Geflüchtete oder Menschen mit Migrationshintergrund, deren äusserliches Erscheinungsbild nicht der Vorstellung eines*er weissen Deutschen entspricht, erfahren Diskriminierung nicht nur bei Behörden oder bei der Wohnungssuche sondern auch im öffentlichen Raum. Hierzu gehören z. B. anlasslose Personenkontrollen durch die Polizei, das sogenannte „Racial Profiling“.

Die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften erzeugt in der unmittelbaren Nachbarschaft immer wieder diffuse Ängste. Das macht deutlich, wie tief rassistische Ressentiments in der deutschen Mehrheitsgesellschaft verankert sind. Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte zeigen: Die Menschen sind auch hier nicht sicher.

Bedrohung und Ausgrenzung queerer Menschen

Queere Menschen – also etwa lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* oder nicht-binäre Personen – erleben im öffentlichen Raum immer wieder Diskriminierung, Bedrohung oder sogar körperliche Angriffe. Obwohl Vielfalt glücklicherweise vielerorts gefeiert wird, fehlt im Alltag häufig noch die echte Akzeptanz. Diese Ablehnung zeigt sich nicht nur auf der Straße sondern manchmal auch in eigentlich als Schutzräume gedachten Orten. So wurde etwa im April 2023 das queere Kulturzentrum „FLUID“ in Bochum mit Farbe attackiert – ein Angriff, der deutlich macht, dass selbst solche Räume nicht immer sicher sind. ▸

Wohnungslosigkeit

Wer keine eigene Wohnung hat, lebt gefährlich. Wohnungslose Menschen, die auf der Straße leben, sind nicht nur von Kälte oder Vertreibung bedroht sondern auch schutzlos direkter Gewalt im öffentlichen Raum ausgesetzt. Im April 2024 wurde in Dortmund das Zelt einer wohnungslosen Frau angezündet, im Juli 2024 ein schlafender Wohnungsloser im Bochumer Hauptbahnhof zu Tode geprügelt. Steigende Mieten und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum verschärfen die Situation zusätzlich.

Häusliche Gewalt und Femizide

Dass das eigene Zuhause kein sicherer Ort ist, zeigten die rapide steigenden Zahlen häuslicher Gewalt während der Corona-Pandemie überdeutlich. Nicht nur Gewalt gegen Frauen im Kontext von familiären oder partnerschaftlichen Beziehungen spielt hier eine Rolle, sondern auch körperliche, sexuelle oder psychische Gewalt gegen Kinder. Femizide, die Tötung von Frauen oder Mädchen, sind die extremste Form geschlechtsbezogener Gewalt. Im Jahr 2023 wurden in Deutschland 938 Mädchen und Frauen Opfer von versuchten oder vollendeten Tötungsdelikten (Bundeskriminalamt 11/2024). Im Dezember 2024 tötete ein Mann in Bochum-Weitmar seine Ehefrau. Frauenhäuser bieten Schutzräume – doch die vorhandenen Plätze reichen nicht aus.

Radverkehr

Dooring-Unfälle durch sich plötzlich öffnende Autotüren, Gefahrenstellen und fehlende Radwege machen das Radfahren auf Bochums Straßen unsicher. 2022 starb ein Radfahrer, nachdem er auf der Bochumer Allestraße in alten Straßenbahnschienen gestürzt war. Der notwendige Ausbau der Radinfrastruktur und eine damit einhergehende Verkehrswende kommen nicht voran. Gleichzeitig wird um den Erhalt jedes einzelnen Parkplatzes gerungen. Die Bedrohung von Fußgänger*innen und Radfahrenden durch den Vorrang des Autoverkehrs scheint ungebrochen.

Polizeigewalt gegen psychisch erkrankte Menschen

Immer wieder geraten psychisch erkrankte Menschen bei Polizeieinsätzen in lebensbedrohliche Situationen – mit tödlichem Ausgang. So wurde im März 2024 in Bochum ein 32-jähriger Mann von der Polizei erschossen, der sich in einer psychischen Ausnahmesituation befand (WAZ 12.10.2024). Solche Vorfälle werfen dringende Fragen auf: über den Umgang von Polizei und Einsatzkräften mit Menschen in psychischen Krisen, über fehlende Deeskalationsstrategien und über Strukturen, die Betroffene nicht ausreichend schützen. „Sicherheit" darf nicht bedeuten, dass besonders verletzliche Menschen gefährdet werden.

Sich sicher zu fühlen ist ein menschliches Grundbedürfnis und bedeutet nach unserer Auffassung die Abwesenheit von Gefährdung sowie den Erhalt der psychischen und physischen Unversehrtheit. Das ist eine der Bedingungen, damit jedes Individuum die Freiheiten und Möglichkeiten hat, das eigene Potenzial zu entfalten. Auch in Anbetracht der rasanten politischen, sozialen und ökologischen Entwicklungen der heutigen Zeit ist das Bedürfnis nach Sicherheit eine grundlegende Anforderung an ein gutes Leben. Der Umgang mit dem fortschreitenden Klimawandel scheint hier die größte Herausforderung zu sein.

Das Netzwerk »Stadt für Alle« plant im August 2025 einen Stadtrundgang zu den oben genannten Themenfeldern zusammen mit fachkompetenten Partner*innen. Achten Sie auf entsprechende Ankündigungen unter: www.stadt-fuer-alle-bochum.net

Eine Initiative von »Stadt für Alle« im Rahmen der Kampagne »Bochum gemeinsam«.

V.i.S.d.P.: Klaus Beerwald, c/o Botopia, Griesenbruchstraße 9, 44793 Bochum

STADT FÜR ALLE
www.stadt-fuer-alle-bochum.net

Bochum gemeinsam
Aktiv für eine sorgende und demokratische Stadt
www.bochum-gemeinsam.de